

ZUR POLITIK DER SOZIALEN SICHTBARKEIT

# ZUSAMMENHALT IN VIELFALT

LEANDER SCHOLZ





# EINLEITENDES VORWORT

**Philipp Kauppert**

Der Begriff des Zusammenhalts wird in der Sozialdemokratie oft benutzt – sei es als Appell für mehr Zusammenhalt bei gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen oder als Überbegriff für verschiedene Politikansätze, die ein besseres Miteinander bewirken sollen. Gemeinhin gilt Zusammenhalt aber auch als eine der Voraussetzungen für gesellschaftlichen Frieden und für das Funktionieren der Demokratie. Klassischerweise baut der Staat auf der Idee des Zusammenhalts seine Sozialpolitik auf, wenngleich diese Verbindung durch die starke Ausdifferenzierung der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten immer komplexer geworden ist. Dem steht die Debatte über Vielfalt gegenüber – Grund dafür ist, dass die enorme Diversität der Gesellschaft nicht angemessen repräsentiert wird auf Ebene der Entscheidungsträger\_innen in Politik und Wirtschaft. Ein Kritikpunkt am Vielfaltsdiskurs ist jedoch, dass soziale Fragen oft ausgeblendet werden, während andere Dimensionen der Vielfalt im Vordergrund stehen. Nun ist es an der Zeit, die beiden Pole Zusammenhalt und Vielfalt konstruktiv zusammenzuführen. Insofern muss eine praktische Utopie des Zusammenhalts aufbauen auf der Anerkennung und Förderung von Vielfalt in all ihren Dimensionen.

Um diese abstrakten Begriffe mit mehr konkreten Inhalten zu füllen, haben wir uns als Friedrich-Ebert-Stiftung in einen Suchprozess begeben. Wir wollten die Ursprünge und Dimensionen des Begriffs „Zusammenhalt“ erörtern, den aktuellen Forschungsstand begreifen und die öffentliche Debatte abbilden, im Sinne einer „Kartografie des Zusammenhalts“. So haben wir Werkstattgespräche mit Expert\_innen aus Wissenschaft, Praxis und Zivilgesellschaft organisiert, bei denen wir die Widersprüche und Spannungen innerhalb der Felder von Zusammenhalt und Vielfalt offengelegt haben. Außerdem haben wir nach Ideen gesucht, die greifbar und nachvollziehbar machen, wie eine progressive Politik des Zusammenhalts aussehen könnte. Mit dieser Publikation möchten wir einen Impuls geben zur weiteren Debatte und zur Überführung der Begrifflichkeiten in die politische Arbeit. Dabei verstehen wir „Zusammenhalt in Vielfalt“ immer auch als einen Prozess der Aushandlung zwischen unterschiedlichen Akteur\_innen und als eine Pro-

jektionsfläche für die Zusammenführung von Diskursen. Als Friedrich-Ebert-Stiftung möchten wir Begegnungsorte schaffen und Dialogprozesse begleiten, im Sinne einer Plattform für die Bildung progressiver Allianzen.

Zusammenhalt basiert auf Toleranz, also auf der Fähigkeit, das Andere über einen längeren Zeitraum hinweg wahrzunehmen und auszuhalten. Dies ist nicht nur im passiven Sinne gemeint, sondern beinhaltet auch die Notwendigkeit des Dialogs und die Möglichkeit des Streits. Überhaupt scheint es an der Zeit, die Fähigkeiten des offenen Dialogs und des respektvollen Streits verstärkt zu fördern und das Erlernen dieser Fähigkeiten als gesellschaftliche Aufgabe zu betrachten. Nur so können wir uns als Gesellschaft den Tabus und blinden Flecken nähern, die Ausschluss produzieren und die dazu beigetragen haben, dass bestimmte Bevölkerungsteile alternative Diskursräume gesucht haben. Mehr Zusammenhalt entsteht über Prozesse der Begegnung, nur so lernen wir die Perspektive des Gegenübers kennen und erleben Gesellschaft. Entscheidend ist dabei, dass es durch Begegnung auch tatsächlich gelingt, gesellschaftliche Trennlinien zu überwinden – also Menschen aus verschiedenen Lebenswelten und mit unterschiedlichen Perspektiven in Austausch zu bringen. Insgesamt muss die soziale Dimension der gesellschaftlichen Vielfalt noch deutlicher sichtbar werden, dies betrifft vor allem die Sorgearbeit und die reproduktiven Tätigkeiten, denen es an Wertschätzung und Sichtbarkeit mangelt.

Der Philosoph Leander Scholz hat den beschriebenen Suchprozess begleitet und fasst in seinem Impulspapier die wichtigsten Elemente dieses Prozesses zusammen. Er befasst sich zunächst mit der Herleitung des Begriffs und erläutert die unterschiedlichen Formen von Zusammenhalt sowie die Prinzipien und Funktionen, die ihnen zugrunde liegen. Anschließend geht er auf den Umgang mit Unterschieden ein und diskutiert die konstruktive Verbindung zu den Debatten über Diversität und Vielfalt. Im Zentrum steht dabei die Erweiterung des Vielfaltsbegriffs um die soziale Dimension, unter anderem durch das Prinzip der Sichtbarkeit. Darauf aufbauend eröffnet er Perspektiven für eine Politik des Zusammenhalts. Um der Bildung separater Milieus mit Tendenzen der gegenseitigen Abgrenzung entgegenzuwirken, sollte das Prinzip der sozialen Mischung leitend sein. Ganz besonders gilt dies für die Politikbereiche von Stadtentwicklung und Wohnungsbau, aber ebenso für die Bildungspolitik. Außerdem hängt der gesellschaftliche Zusammenhalt sehr vom gesellschaftlichen Engagement von Bürger\_innen und sozialen Gruppen ab. Insofern ist es wegweisend für eine bessere Zukunft, soziale und ökologische Dienste deutlich aufzuwerten, sei es über bessere Anreize oder gar über die Einführung bestimmter bürgerlicher Pflichten. Damit der öffentliche Raum tatsächlich als Ort der Begegnung funktioniert, müsste die Infrastruktur auf

Ebene der Kommunen einladend und inklusiv umgestaltet werden. Darüber hinaus können Rituale wie Feste oder andere öffentliche Ereignisse gemeinsame Erfahrungen schaffen, die im positiven Sinne identitätsstiftend sind. Angesichts der großen Herausforderungen und der spürbaren Verunsicherungen in weiten Teilen der Bevölkerung muss eine Politik des Zusammenhalts also neben der materiellen Dimension auch auf der kulturellen Ebene ansetzen. Schließlich sollte auch die Medienpolitik darüber nachdenken, das Mandat und die Rolle des öffentlichen Rundfunks zu erneuern. Dabei müsste es darum gehen, den von Großkonzernen und deren Profitstreben getriebenen Entwicklungen im Bereich der Social Media andere Möglichkeiten der medialen Kommunikation und des sozialen Austauschs entgegenzusetzen, so schwierig ein solches Vorhaben auch sein mag.

Mit dieser Publikation möchten wir einen Ausgangspunkt markieren und Impulse bereitstellen für weiterführende Debatten. Wir hoffen, dadurch Wege aufzuzeigen, wie „Zusammenhalt in Vielfalt“ gelingen und wo eine Politik des Zusammenhalts ansetzen kann. Die Friedrich-Ebert-Stiftung tritt ein für den Erhalt und die Vertiefung der Demokratie – dafür braucht es Respekt gegenüber Mitmenschen und Solidarität mit anderen sozialen Gruppen. Zusammenhalt geht darüber hinaus, weil er auch Fragen von Zugehörigkeit, Identität und Vertrauen beinhaltet. Das Ziel dabei ist die gesellschaftliche sowie politische Teilhabe von Menschen, die unterschiedliche Identitäten, Ressourceninteressen und Werteorientierungen haben. Durch die Offenlegung dieser Unterschiede und Widersprüche, durch Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen können schließlich Projektionen und Zukunftsbilder entstehen, die einer progressiven Vorstellung von „Zusammenhalt in Vielfalt“ entsprechen.





# ZUSAMMENHALT IN VIELFALT

## Zur Politik der sozialen Sichtbarkeit

**Leander Scholz**

Zusammenhalt hat viele Formen und Funktionen. In einer lebendigen Demokratie ist er unverzichtbar. Ohne Zusammenhalt können wir uns weder gemeinsam streiten noch gemeinsam Lösungen finden. Ein demokratisches Gemeinwesen ist darauf angewiesen, dass sich die Menschen füreinander interessieren, gerade wenn sie nicht einer Meinung sind. Damit ein soziales Miteinander erfahren und gelebt werden kann, müssen die grundlegenden Bedingungen einer solidarischen Gesellschaft gegeben sein. Dazu gehören vor allem soziale Gerechtigkeit und eine Chancengleichheit, die auf der Anerkennung und der Förderung der gesellschaftlichen Vielfalt beruht. Ein Gefühl der Zugehörigkeit kann sich nur ausbilden, wenn den persönlichen Lebenslagen und den sozialen Lebensumständen mit Respekt begegnet wird und wenn es ein Vertrauen in die staatlichen Institutionen gibt, die einen inklusiven und diskriminierungsfreien Zugang zum gesellschaftlichen Leben garantieren. Zusammenhalt kann nicht von oben gestiftet werden, sondern entsteht dort, wo sich unterschiedliche Perspektiven treffen und füreinander öffnen. Ein nachhaltiges Bewusstsein davon, trotz aller Unterschiede etwas gemeinsam zu haben, kann nur aus der Vielzahl der individuellen Lebensweisen hervorgehen.

Insofern basiert Zusammenhalt in einer Demokratie auf unterschiedlichen Perspektiven und ist ihnen nicht entgegengesetzt. Allein auf diese Weise kann es gelingen, über partikulare Bedürfnisse und Interessen hinauszugehen und eine gesellschaftliche Perspektive einzunehmen, die es möglich macht, die Grenzen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen abzubauen und Vorstellungen über eine gemeinsame Zukunft zu entwickeln. Denn die Erfahrung von Zusammenhalt ist eng mit der Frage nach der Gestaltung einer besseren Gesellschaft verbunden. Dafür steht eine lange sozialdemokratische Tradition. Deren Erfolge müssen uns heute ein Vorbild sein, um nicht nur an den Zusammenhalt zu appellieren, sondern darunter eine konkrete Utopie für das 21. Jahrhundert zu verstehen.

01

# DIE FRAGE DER SICHTBARKEIT





In den letzten Jahrzehnten hat sich die deutsche Gesellschaft liberalisiert und pluralisiert. Der individuelle Freiraum zur Selbstverwirklichung ist größer und die Lebensstile sind unterschiedlicher geworden. Die Arbeitswelt hat sich deutlich ausdifferenziert, nicht zuletzt durch die Digitalisierung. Mit der Gleichstellung der Geschlechter haben sich auch die Familienmodelle erweitert. Verschiedene sexuelle Orientierungen und Identitäten sind wesentlich leichter lebbar geworden als in der Vergangenheit. Im Zuge der Globalisierung seit der Wiedervereinigung hat sich das Land internationalisiert. Die kulturellen Einflüsse sind zahlreicher geworden, nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderung von Arbeitskräften und der Aufnahme von Geflüchteten. Dennoch hat es gedauert, bis diese neue Vielfalt der Gesellschaft als solche sichtbar geworden ist und anerkannt wurde.

So verfügt Deutschland zwar bereits über eine lange Geschichte als Einwanderungsland, die entsprechende Selbstbeschreibung als solches war aber über viele Jahre umstritten. Heute haben fast ein Drittel der Menschen, die in Deutschland leben, einen Migrationshintergrund, und es ist davon auszugehen, dass sich diese Tendenz fortsetzen wird, vor allem angesichts des demografischen Wandels.<sup>1</sup> Mit der Anerkennung dieser Vielfalt hat auch die Sensibilität für Diskriminierung und Marginalisierung von Personen und Gruppen mit bestimmten Merkmalen zugenommen, und ihre leidvollen Erfahrungen sind in den Fokus der Gesellschaft gerückt. Diese Sichtbarkeit hat es ihnen möglich gemacht, sich öffentlich zu artikulieren und ihre Anliegen zu formulieren. Seitdem gehört die Aufmerksamkeit für benachteiligte Personen und Gruppen, die unzureichend repräsentiert werden, zu den zentralen Grundlagen einer partizipativen und solidarischen Gesellschaft.

Trotzdem ist der Weg zu einer diskriminierungsfreien Gesellschaft noch weit. Als ein wichtiger Schritt in diese Richtung gilt das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG)*, das 2006 in Kraft getreten ist. Zurzeit ist seine Überarbeitung in der Diskussion.<sup>2</sup> Es soll die betroffenen Personen und Gruppen bei ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Marginalisierung unterstützen. Das Gesetz wurde zunächst als Antidiskriminierungsgesetz bezeichnet und war während seiner Ausarbeitung einer scharfen Kritik ausgesetzt, vor allem seitens der Wirtschaftsverbände. Inzwischen ist sein Erfolg kaum mehr zu bestreiten.<sup>3</sup> Sein Ziel ist es, Benachteiligungen aus Gründen »der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen« (AGG § 1). Zum Anwendungsbereich des Gesetzes gehören in erster Linie die Arbeitswelt und der Wohnungsmarkt. So müssen sich etwa Personalverantwortliche seitdem mit der Frage beschäftigen, wie ein diskriminierungsfreies Arbeitsumfeld garantiert werden kann.

Die gesellschaftliche Wirkung des Gesetzes geht jedoch weit über seinen Anwendungsbereich hinaus. Im Zusammenspiel mit der grundsätzlichen Diskussion über gesellschaftliche Vielfalt hat die gesetzliche Definition der personenbezogenen Merkmale, die im Hinblick auf Diskriminierung und Marginalisierung besondere Aufmerksamkeit verlangen, inzwischen einen Standard geschaffen, der auch in anderen Bereichen beachtet wird. Dabei können zwar die einzelnen Hinsichten variieren, aber bei öffentlichen Veranstaltungen etwa werden die Teilnehmenden inzwischen auch unter dem Aspekt der Vielfalt ausgewählt. Das hat die Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt deutlich erhöht. Zwar gibt es auch heute noch in Teilen der Gesellschaft eine starke Ablehnung dieser Vielfalt, aber insgesamt ist die Akzeptanz größer geworden, und dies wirkt sich auch positiv auf den sozialen Zusammenhalt aus.<sup>4</sup> An diesen Erfolg muss eine Politik des Zusammenhalts anschließen.

Zugleich gibt es aber auch eine andere Art der gesellschaftlichen Vielfalt, die schwieriger abzubilden ist. Diese Vielfalt lässt sich nicht allein anhand personenbezogener Merkmale beschreiben, sondern wird durch die persönlichen Lebenslagen und sozialen Lebensumstände bestimmt, aus denen eine besondere Perspektive auf die Gesellschaft resultiert. Dazu gehören etwa kinderreiche Familien, die heute viel seltener geworden sind und oft mit Vorurteilen zu kämpfen haben, aber auch Alleinerziehende, überwiegend Frauen, die enormen Belastungen ausgesetzt sind, und Eltern mit chronisch kranken oder behinderten Kindern. Auch diese Gruppen haben ihre besonderen Erfahrungen, werden mit bestimmten Benachteiligungen konfrontiert und bedürfen gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Das gilt auch für alte Menschen mit geringer Rente, ebenso für Arbeitslose und Erwerbsunfähige, für Menschen, die nur gering qualifiziert und oft prekär beschäftigt sind.

In diesen Fällen handelt es sich sicher nicht um eine erwünschte Vielfalt, die es zu fördern gilt, sondern hier sind Hilfeleistungen und eine Verbesserung der Bedingungen erforderlich. Dennoch reicht es nicht aus, diese Art der gesellschaftlichen Vielfalt allein unter dem Aspekt der sozialen Ungleichheit zu betrachten, deren Verringerung ohne Zweifel eine der zentralen Herausforderungen der Gegenwart darstellt.<sup>5</sup> Ihre unterschiedlichen Perspektiven gehören ebenso zur gesellschaftlichen Realität und verlangen nach Anerkennung und Sichtbarkeit. Sie lassen sich aber nicht einfach abbilden wie im Fall der personenbezogenen Merkmale, die bei der Auswahl von Teilnehmenden bei öffentlichen Veranstaltungen und in anderen Zusammenhängen berücksichtigt werden. Trotzdem ist es entscheidend für den sozialen Zusammenhalt, dass auch die Menschen und ihre Perspektiven wahrgenommen werden, deren persönliche Lebenslagen und

soziale Lebensumstände einen gewichtigen Anteil an der Vielfalt der Gesellschaft haben. Es gibt zahlreiche Tätigkeiten, die kaum wertgeschätzt werden und deren Verrichtung dennoch notwendig ist. Bei der Beschreibung der gesellschaftlichen Vielfalt wird der soziale Status bislang aber nur in wenigen Fällen erfasst.<sup>6</sup> Eine Politik des Zusammenhalts muss daher mit einem erweiterten Verständnis von Vielfalt einhergehen und Wege finden, diese sichtbar werden zu lassen.

02

# DIE FORMEN DES ZUSAMMENHALTS



Die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt hat eine lange Vorgeschichte, die bis zu den ersten Analysen der modernen Gesellschaft zurückreicht. Im Fokus standen dabei die Arbeitsteilung im Zuge der Industrialisierung und ihre sozialen Folgen.<sup>7</sup> Einen wichtigen Beitrag hat der französische Soziologe Émile Durkheim bereits zum Ende des 19. Jahrhunderts mit seiner Unterscheidung zwischen zwei Formen des sozialen Zusammenhalts geleistet, die auch heute noch für eine Politik des Zusammenhalts von Bedeutung ist. Die erste Form beruht auf dem Prinzip der **Ähnlichkeit**. Dabei handelt es sich um ein grundlegendes soziales Phänomen. Gruppen bilden sich anhand ähnlicher Merkmale heraus, durch die sich die Mitglieder wechselseitig identifizieren können. Das Spektrum der Merkmale kann dabei sehr breit sein. Ausschlaggebend können gemeinsame Erfahrungen oder Überzeugungen sein, der gleiche soziale Status oder gleiche Interessen, aber auch äußerliche Merkmale wie das Aussehen. Je stärker hierbei das Prinzip der Ähnlichkeit vorherrscht, desto geringer sind die Unterschiede zwischen den Menschen. Verwirklicht sah Durkheim dieses Prinzip in den sogenannten einfachen Gesellschaften, die sich durch einen strengen Moralkodex und ein starkes kollektives Bewusstsein auszeichneten.<sup>8</sup> In der Regel waren diese Gesellschaften in gleichartige Segmente gegliedert, und ihre dauerhafte Existenz hing unmittelbar von ihrem Zusammenhalt ab. Abweichungen waren daher nur in geringem Umfang möglich und wurden mitunter hart sanktioniert.

Bei dieser Beschreibung sozialer Strukturen, in denen es keine gesellschaftliche Vielfalt gibt, spielen Projektionen sicherlich eine Rolle. Sie ist aber vor allem eine Folie für die Konflikte der modernen Gesellschaft, die sich zum Ende des 19. Jahrhunderts bereits deutlich abzeichneten. Das Ideal homogener sozialer Strukturen hat die arbeitsteilige Gesellschaft von Anfang an begleitet. Es ist sowohl in nationalistischen als auch in kommunistischen Programmen zum Ausdruck gekommen. Mit seiner Analyse des Prinzips der Ähnlichkeit hat sich Durkheim daher zugleich auf die Suche nach einer anderen Form des Zusammenhalts begeben, die nicht auf soziale Repressionen zurückgreifen muss, um wirksam werden zu können. Denn unter modernen Bedingungen geht ein sozialer Zusammenhalt, der auf dem Prinzip der Ähnlichkeit basiert, grundsätzlich mit der Exklusion anderer Menschen einher. Das gilt auch für unsere Gegenwart, in der sich zunehmend gesellschaftliche Gruppen anhand ähnlicher Merkmale formieren. Das kann wichtig sein, um gemeinsame Anliegen zu artikulieren, aber auch zu einer Abschottung führen. Auf der Ebene der Gesellschaft steht diese Form des Zusammenhalts in direktem Gegensatz zur existierenden Vielfalt. Darauf muss eine Politik des Zusammenhalts, die von der Vielzahl der unterschiedlichen Perspektiven ausgeht, eine Antwort finden, die in der Öffnung dieser Perspektiven füreinander besteht.

Die zweite Form des Zusammenhalts stellt nicht die Ähnlichkeit der Individuen in den Vordergrund, sondern ihre Abhängigkeit voneinander. Mit der Arbeitsteilung entsteht für Durkheim eine grundsätzlich neue Struktur der Gesellschaft, die auch eine neue Form des Zusammenhalts hervorbringt. Diese Form basiert auf dem Prinzip der **Kooperation**. Unter Arbeitsteilung wird dabei nicht allein die Zerlegung des Arbeitsprozesses in getrennte Teilaufgaben verstanden, besonders anschaulich geworden in der Organisation der Fabriken und ihren monotonen Abläufen. Über den ökonomischen Bereich hinaus ist die moderne Gesellschaft vielmehr insgesamt durch einen tiefgreifenden Differenzierungsprozess gekennzeichnet, der ebenfalls in der Wissenschaft, in der Politik oder der Verwaltung anhand einer zunehmenden Spezialisierung zum Ausdruck kommt. Damit verbunden ist die Entstehung zahlreicher neuer Berufe und neuer Lebenswege, was eine gesteigerte Differenzierung der Individuen zur Folge hat. Das ist die Ausgangslage einer neuen gesellschaftlichen Vielfalt und zugleich einer neuen Abhängigkeit der Menschen voneinander.<sup>9</sup> Einerseits führt die Spezialisierung zu einer Abnahme der Ähnlichkeit und damit zu einem größeren sozialen Spektrum. Andererseits geht mit der Spezialisierung ein stärkerer Zwang zum Austausch und zur Kooperation einher.

Vor diesem Hintergrund erwartete Durkheim, dass sich mit der Zeit aufgrund einer kooperativen Arbeitswelt auch ein kooperatives Bewusstsein herausbildet, das die unmittelbaren Interessen an diesen Kooperationen überschreitet und es ermöglicht, die Gesellschaft insgesamt als eine Kooperation aufzufassen, in der alle aufeinander angewiesen sind.<sup>10</sup> Auf diese Weise sollte trotz einer zunehmenden Unähnlichkeit der persönlichen Lebenslagen und sozialen Lebensumstände sichergestellt sein, dass sich die Menschen wechselseitig wahrnehmen und füreinander interessieren. Im Gegensatz zum Prinzip der Ähnlichkeit beruht das Prinzip der Kooperation nicht auf Vereinheitlichung, sondern auf Unterschieden, in beruflicher, aber auch individueller Hinsicht. Mit der zunehmenden Zahl der gesellschaftlichen Kontakte aufgrund der Arbeitsteilung sollte auch eine Öffnung der unterschiedlichen Perspektiven füreinander einhergehen. Ohne Zweifel war sich Durkheim im Klaren darüber, dass diese Entwicklung zu seiner Zeit kaum zu beobachten war und dass langwierige Arbeitskämpfe nötig waren, um die wechselseitigen Abhängigkeiten zur Geltung zu bringen, die in der Regel nicht symmetrisch waren. Dennoch ist mit dem Prinzip der Kooperation eine Form des sozialen Zusammenhalts beschrieben, die nicht nur in gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Zusammenhängen eine wirkmächtige Rolle gespielt hat, sondern auch für eine Politik des Zusammenhalts bedeutend ist, in deren Mittelpunkt die soziale Sichtbarkeit stehen muss.

Mit dem Aufbau des Wohlfahrtsstaats seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem in der Bundesrepublik Deutschland ab den 1950er-Jahren sind wichtige solidarische Einrichtungen wie die sozialen Sicherungssysteme entstanden, die unmittelbar mit dem Bewusstsein einer gesellschaftlichen Kooperation in Verbindung gebracht werden können. Erst mit der Krise des Wohlfahrtsstaats im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts ist dieses Bewusstsein wieder geringer geworden und sind verstärkt auch zivilgesellschaftliche Formen des Zusammenhalts in den Blick gekommen. Auf diese neue Problemlage hat zuerst der nordamerikanische Kommunitarismus mit einem Fokus auf Netzwerke jenseits der Arbeitswelt reagiert. Die Stärkung von nachbarschaftlichen Zusammenhängen, von freien Assoziationen wie Vereinen und lokalen Gruppen sollte eine Form des Zusammenhalts hervorbringen, die auf dem Prinzip der **Reziprozität** basiert. Zu den prominentesten Vertreter\_innen dieser Richtung gehört der Soziologe Robert David Putnam, der in den elementaren Einrichtungen der Zivilgesellschaft die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau wechselseitigen Vertrauens und die Ausbildung solidarischer Verhaltensweisen gegeben sieht.<sup>11</sup> Wer die wiederkehrende Erfahrung macht, dass die eigene Hilfeleistung bei einer zukünftigen Gelegenheit durch andere Hilfeleistungen erwidert wird, kann seine positiven Erwartungen leichter generalisieren und so auf die gesamte Gesellschaft übertragen. Das in der Zivilgesellschaft erworbene Vertrauen wirkt sich dadurch auf den sozialen Zusammenhalt insgesamt aus.

Entscheidend bei diesen Einrichtungen ist, dass sie möglichst viele soziale Gruppen einbeziehen, um nicht allein eine bindende, sondern auch eine überbrückende Leistung erbringen zu können. Das kann bei Sportvereinen oder der freiwilligen Feuerwehr der Fall sein, aber wenn zum Beispiel die Nachbarschaftsverhältnisse weitgehend homogen und nicht gemischt sind, kann ein lediglich bindender Zusammenhalt auch zu einer gesellschaftlichen Segregation beitragen. Ein gewichtiges Argument für die politische Fokussierung auf diese Form des Zusammenhalts lautet bei den meisten Vertreter\_innen dieser Richtung, dass staatliche Investitionen in die Zivilgesellschaft die sozialen Kosten der Gesellschaft insgesamt verringern. Seitdem hat das kommunitaristische Konzept in vielen Ländern eine regelrechte Karriere gemacht, auch in Deutschland. Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass das der Fall ist, weil sich diese Form des Zusammenhalts besonders problemlos in die neoliberale Auffassung eines schlanken Staats einpassen lässt.<sup>12</sup> Während die kooperative Form des Zusammenhalts aus der ökonomischen Sphäre resultiert, beruht die reziproke Form auf außerökonomischen Erfahrungen. Die Bedingungen der Zivilgesellschaft sind aber nicht unabhängig von denen der Arbeitswelt. Aus diesem Grund kommt es für eine Politik des Zusammenhalts darauf an, beide Formen des Zusammenhalts miteinander zu verbinden.

Wir leben in einer hochkomplexen Gesellschaft, die für uns kaum zu über- schauen ist. Allein die umfangreichen Tätigkeiten, die nötig sind, um unseren gesellschaftlichen Alltag zu gewährleisten, lassen sich nicht einmal vollständig vor Augen führen. Das Bild der Gesellschaft, in der wir leben, ist durch eine begrenzte Aufmerksamkeit bestimmt. Was wir wahrnehmen und wen wir überhaupt be- merken, hängt maßgeblich davon ab, was in den Fokus der gesellschaftlichen Öffentlichkeit gelangt. Oft sind das Menschen und Themen, denen sowieso be- reits eine mediale Prominenz zukommt.<sup>13</sup> Dabei ist es gerade für eine vielfältige Gesellschaft wichtig, dass vor allem solche gesellschaftlichen Gruppen gesehen werden, die nur geringe Mittel haben, sich selbst zu positionieren.

Aus diesem Grund hat die feministische Politologin Nancy Fraser einen neuen Blick auf die Gesellschaft gefordert, der sowohl benachteiligte Gruppen als auch die sozialen Verhältnisse in den Vordergrund stellt, die in unserer Gesellschaft oft unsichtbar bleiben. Im Unterschied zu den kommunitaristischen Konzepten geht es ihr darum, auf die Leistungen aufmerksam zu machen, die tagtäglich durch die Pflege von sozialen Beziehungen für die ökonomische Sphäre vorwiegend von Frauen erbracht werden. Ihr Augenmerk liegt auf den reproduktiven Tätigkeiten, die in der Regel einfach vorausgesetzt und nur wenig wertgeschätzt werden.<sup>14</sup> Analog zu den ökologischen Voraussetzungen der Gesellschaft, die gegenwärtig immer sichtbarer werden, sollen auch die sozialen Beziehungen umfangreicher wahrgenommen werden, ohne die eine Gesellschaft keinen dauerhaften Bestand haben kann. Dazu zählen für Fraser vor allem unentgeltliche und entgeltliche For- men der Sorgearbeit, die Betreuung und Erziehung von Kindern sowie die Pflege kranker und alter Menschen. Meistens wird diese Sorgearbeit noch zusätzlich zur Erwerbsarbeit geleistet, die einen weit höheren Stellenwert in der Gesellschaft einnimmt.

Die Form des Zusammenhalts, die auf dieser **Sichtbarkeit** beruht, reicht aber noch wesentlich weiter. Sie betrifft alle Tätigkeiten, die zwar die gesellschaftlich wertgeschätzten Leistungen ermöglichen, denen selbst aber kaum Wertschät- zung entgegengebracht wird. Dazu zählen unter anderem die Arbeit von Reini- gungskräften und die von vielen anderen Dienstleistenden, die oft zu den prekären Beschäftigungen gehören und von Menschen aus marginalisierten Gruppen verrichtet werden. Wären alle Tätigkeiten, die in den gesellschaftlichen Hinter- grund verdrängt werden, in der Gesellschaft sichtbarer, würde sich nicht nur das Bild der Gesellschaft deutlich verändern, sondern könnte das auch die Grundlage für die Entwicklung gemeinsamer Vorstellungen für eine bessere Gesellschaft sein. Denn sowohl für die kooperative Form des Zusammenhalts in der Arbeits-



welt als auch für dessen reziproke Form jenseits der Arbeitswelt ist das Prinzip der Sichtbarkeit einer gesellschaftlichen Vielfalt entscheidend, die deutlich breiter ist, als sie gegenwärtig zur Geltung kommt.

03

# DER UMGANG MIT UNTERSCHIEDEN



Im gleichen Jahr, in dem das *Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz* in Kraft getreten ist, wurde auch die *Charta der Vielfalt* gegründet. Dabei handelt es sich um eine unternehmerische Initiative, die sich zum Ziel gesetzt hat, die gesellschaftliche Vielfalt im Arbeitsumfeld abzubilden und zu fördern. Auf diese Weise soll auch insgesamt ein Beitrag zur Wertschätzung von Vielfalt in Deutschland geleistet werden. Seitdem haben sich zahlreiche Unternehmen der Initiative durch die Unterzeichnung einer Selbstverpflichtung angeschlossen und so zumindest ihre Absicht dokumentiert, ein betriebliches *Diversity Management* aufzubauen. Unterstützt wurde die Initiative von Anfang an von der Bundesregierung, die auch im Vorstand des gleichnamigen Vereins vertreten ist. Grundsätzlich ist die *Charta der Vielfalt* von der Überzeugung geleitet, dass die Wertschätzung der Vielfalt nicht nur positive Auswirkungen auf die Gesellschaft hat, sondern auch in wirtschaftlicher Hinsicht von Vorteil ist. Im Hintergrund stehen dabei die Globalisierung sowie der demografische und gesellschaftliche Wandel, der auch die Arbeitswelt verändert. Durch die Schaffung eines respektvollen und wertschätzenden Arbeitsumfelds soll das Potenzial der Vielfalt optimal ausgeschöpft werden und sich die unterschiedlichen Talente der Mitarbeitenden effektiv entfalten können. Die Kriterien, mit denen die gesellschaftliche Vielfalt in die betriebliche übersetzt wird, sind dabei vergleichbar mit denen des *Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes*. Alle Mitarbeitenden des Unternehmens sollen »unabhängig von Alter, ethnischer Herkunft und Nationalität, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, körperlichen und geistigen Fähigkeiten, Religion und Weltanschauung, sexueller Orientierung und sozialer Herkunft«<sup>15</sup> in die Unternehmenskultur einbezogen werden. Mit der Berücksichtigung der sozialen Herkunft geht die *Charta der Vielfalt* über die gesetzliche Definition der Merkmale hinaus und bezieht auch eine soziale Dimension in ihr Konzept ein.

Zugleich soll diese Vielfalt nicht nur anerkannt, sondern zum Gegenstand einer aktiven Gestaltung werden. Zu den zentralen Argumenten gehört dabei, dass Unternehmen mit einer vielfältigen Belegschaft ihre Mitarbeitenden aus einem umfänglicheren Markt an Arbeitskräften rekrutieren und so den Fachkräftemangel ausgleichen können. Aus dem gleichen Grund sind sie zudem in der Lage, sich neue Zielgruppen und damit weitere Absatzmärkte zu erschließen. Mitarbeitende mit bestimmten Merkmalen locken andere Menschen mit ähnlichen Merkmalen an, innerhalb und außerhalb des Unternehmens. Sie ermöglichen eine umfassendere Identifikation mit der Unternehmenskultur und ebenso mit den Produkten des Unternehmens. Entscheidend ist dabei eine bestimmte Mischung von Merkmalen, die den Erfolg des Unternehmens steigern soll. Das gilt vor allem für das Argument, dass gemischte Teams bessere Lösungen und bessere Produkte hervorbringen. Um das zu gewährleisten, reicht es nicht, die gesellschaftliche Vielfalt

bloß betrieblich abzubilden, sie muss so angeordnet und ausbalanciert werden, dass aus den Unterschieden eine effektive Kooperation hervorgeht. Als wichtiges Instrument der Personalführung liegt die Gestaltung betrieblicher Vielfalt daher im Eigeninteresse der Unternehmen. Nicht zuletzt versprechen sich viele Unternehmen davon auch einen Imagegewinn, indem sie sich gesellschaftliche Anliegen deutlich sichtbar zu eigen machen. Inzwischen werden Unternehmen, die ihre Unternehmenskultur entsprechend entwickelt haben, an den Börsen von darauf spezialisierten Investmentfonds gehandelt.

Auch das Konzept einer betrieblichen Vielfalt hat bereits eine lange Vorgeschichte, die unmittelbar mit dem gesellschaftlichen Wandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verknüpft ist. Den Ausgangspunkt dieser Geschichte bildet die frühe Gesetzgebung zur Antidiskriminierung in den Vereinigten Staaten von Amerika seit den 1960er-Jahren. Bereits in dieser Phase wurden die personenbezogenen Merkmale ausformuliert, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen und die auch heute noch die Grundlage der betrieblichen Vielfalt bilden, inzwischen ergänzt um weitere. Das Konzept der betrieblichen Vielfalt, das auf der Transformation der gesellschaftlichen Wahrnehmung von Diskriminierung und Marginalisierung in ein professionelles *Diversity Management* basiert, hat sich zuerst in den Vereinigten Staaten herausgebildet und kann als eine unmittelbare Reaktion auf die neue Gesetzgebung verstanden werden.<sup>16</sup> Dabei ging es zunächst darum, eine strategische Antwort auf die staatliche Regulierung zu finden, die aus der Einschränkung unternehmerischer Freiheit eine produktive Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben macht. Bis dahin war das Thema der sozialen Unterschiede vor allem durch die gewerkschaftlichen Arbeitskämpfe und deren Forderungen nach sozialer Gleichheit geprägt. Das veränderte sich mit der Aufwertung der Unterschiede zu einer eigenständigen Quelle des unternehmerischen Erfolgs. Neben das Postulat der Gleichheit trat die Beachtung der Unterschiede und ihrer besonderen Chancen. Diese wurden nicht mehr allein im Hinblick auf ihre Überwindung thematisch, sondern auf das ihnen innewohnende Potenzial befragt. Erst dadurch konnten sie zu einer wichtigen Ressource des Humankapitals werden, die auch eines entsprechenden Managements bedurfte.

Als ein bedeutender Beitrag zu dieser Entwicklung kann der Bericht *Workforce 2000* angesehen werden, der 1987 vom Hudson Institute herausgegeben wurde, einer Denkfabrik, die unter anderen von dem berühmten Zukunftsforscher Herman Kahn gegründet wurde. Der Bericht entwarf mehrere Szenarien zur Zukunft des Arbeitsmarktes und der Führung von Belegschaften, mit besonderem Blick auf das kommende Jahrhundert, und gehört zu den bislang erfolgreichsten Studien des Instituts. Neben demografischen Vorhersagen zum wachsenden Alt-

erschnitt prognostizierte der Bericht, dass der Anteil von Frauen und Minoritäten an der Belegschaft der Unternehmen bis zur Jahrhundertwende enorm ansteigen werde.<sup>17</sup> Mit diesem Befund ging nicht nur die Forderung einher, Führungskräfte im Umgang mit der absehbar zunehmenden Vielfalt zu schulen. Darüber hinaus sollte dieser Umbruch auch als Gelegenheit gesehen werden, die amerikanischen Unternehmen im nationalen und internationalen Umfeld neu zu positionieren, mit dem strategischen Ziel, ihre Marktanteile auszuweiten. Zugleich deuteten die Szenarien aufgrund des stärkeren Wettbewerbs unter globalen Bedingungen einen Niedergang der Gewerkschaften an. Aus Sicht der Autoren der Studie handelte es sich bei der betrieblichen Vielfalt daher nicht in erster Linie um ein Thema der sozialen Gerechtigkeit, sondern um eine neue Art der Unternehmensführung.

In jüngerer Zeit betonen immer mehr Unternehmen über ihr Eigeninteresse an einer betrieblichen Vielfalt hinaus auch ihre gesellschaftliche Verantwortung. Dieses Engagement kann in eigenen Kampagnen zum Ausdruck kommen oder darin, entsprechende Netzwerke und Initiativen zu unterstützen. Auf diese Weise sind die Unternehmen inzwischen zu einem wichtigen gesellschaftlichen Faktor für die Akzeptanz von Vielfalt insgesamt geworden. Die sichtbarsten Impulse gehen dabei häufig von internationalen Konzernen aus, die sich selbst als herausragende Vertreter dieses gesellschaftlichen Anliegens verstehen und sowohl ihre unternehmerische Selbstdarstellung als auch ihre eigene kommerzielle Werbung darauf ausgerichtet haben. Mit dieser Ausweitung werden aber zugleich die Grenzen dieses Konzepts von Vielfalt deutlich. Denn die Verwertung der Unterschiede, die die Unternehmen maßgeblich dazu veranlasst, sich für die Förderung von Vielfalt einzusetzen, prägt auch ihr gesellschaftliches Engagement. Unternehmen wählen ihre Mitarbeitenden nach bestimmten Kriterien aus, um ihre betriebliche Vielfalt nach ihren jeweiligen Bedürfnissen gestalten zu können. Selbst wenn sie die soziale Herkunft dabei berücksichtigen, tun sie das im Hinblick auf ihren wirtschaftlichen Erfolg. Die betriebliche Inklusion beruht grundsätzlich auf einer gesellschaftlichen Auswahl, der die vielen Fälle mit deutlich geringeren Chancen gegenüberstehen. In den entsprechenden Visualisierungen der Vielfalt werden vorwiegend Menschen abgebildet, die sich erfolgreich als ein gemischtes Team präsentieren, während die Konflikte und die weniger erwünschten Erscheinungen von Vielfalt ausgeblendet bleiben.

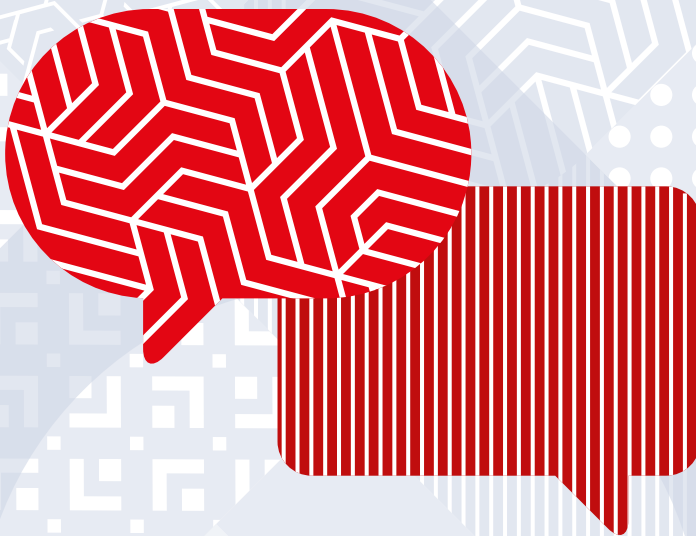
Die Gesellschaft besteht jedoch nicht allein aus Erfolgsfällen. Mit der Dominanz dieser bestimmten Sichtbarkeit von Vielfalt kann der soziale Abstand zu einer gesellschaftlichen Vielfalt, die wesentlich umfassender ist und auch die Unterschiede einbezieht, die sich wirtschaftlich nicht verwerten lassen, sogar noch

größer werden.<sup>18</sup> Aus unternehmerischer Sicht ist allein eine Vielfalt von Bedeutung, an der ein wirtschaftliches Potenzial ablesbar ist, das sich zur Entfaltung bringen lässt. Eine gesellschaftliche Vielfalt ohne ein solches Potenzial, die den persönlichen Lebenslagen und sozialen Lebensumständen geschuldet ist, kann unter diesen Umständen nicht in den Blick gelangen. Sie droht umso unsichtbarer zu werden. Einerseits trägt das gesellschaftliche Engagement der Unternehmen zur Prominenz des Themas bei. Andererseits stellt es eine Verengung des gesellschaftlichen Anliegens zugunsten eines wirtschaftlichen Fokus dar, der nicht in der Lage ist, die Breite der gesellschaftlichen Vielfalt wahrzunehmen. Vielfalt kann so als ein Ideal erscheinen, das grundsätzlich mit Erfolg verbunden ist, was im Gegenzug bedeutet, dass gewichtige Teile der gesellschaftlichen Vielfalt aus diesem Ideal ausgeschlossen bleiben, wenn das *Diversity Management* über die betriebliche Vielfalt hinaus die Wahrnehmung der sozialen Verhältnisse prägt. Zu den Wirkungen des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen gehört auch, dass es schwieriger geworden ist, die Art von Vielfalt zum Thema zu machen, die dadurch in den gesellschaftlichen Hintergrund gedrängt wird. Das gilt auch für die Konkurrenz mit anderen sozialpolitischen Zielen wie die Geschlechtergerechtigkeit. Eine Politik des Zusammenhalts muss dieser begrenzten Aufmerksamkeit eine soziale Sichtbarkeit entgegenstellen, die den Blick auf die Gesellschaft grundsätzlich verändert.



04

# DIE POLITIK DES ZUSAMMENHALTS





Zu den unabdingbaren Voraussetzungen von Zusammenhalt gehört, dass sich die Menschen begegnen, medial und real. Das ist keineswegs selbstverständlich. Wenn wir in öffentlichen Räumen auf andere Menschen treffen, nehmen wir oft selektiv nur solche wahr, mit denen wir uns identifizieren. Unsere Aufmerksamkeit für andere hängt eng mit unserem eigenen Selbstbild und unseren Prioritäten zusammen. Wenn wir uns zum Beispiel mit kleinen Kindern im öffentlichen Raum aufhalten, fallen uns häufig auch andere Elternteile auf, die in der gleichen Lebenssituation sind. Wenn wir uns selbstbewusst und zielstrebig fortbewegen, stellen andere Menschen für uns vielleicht nur ein Hindernis dar. Wenn wir uns ausgegrenzt fühlen und einer Minderheit zurechnen, suchen wir nach anderen, denen es vielleicht ebenso ergeht. Wen wir wahrnehmen und wem wir begegnen, folgt meist einem intuitiven Muster, das wir nur selten infrage stellen. Immer häufiger gilt das auch für die medialen Räume, die zunehmend fragmentiert erscheinen und in denen sich geschlossene Gruppen anhand gleicher Merkmale herausbilden. In solchen medialen Echokammern werden die jeweiligen Ansichten daher in der Regel nur wechselseitig bestätigt. Die eigene Perspektive lässt sich aber nur überschreiten, wenn wir uns in einer gemeinsamen Welt verorten, die von sehr verschiedenen Menschen bewohnt wird.

Ohne gemeinsamen Bezugsrahmen zerfällt unsere Welt in zahlreiche einzelne Sichtweisen, die sich immer weniger miteinander austauschen.<sup>19</sup> Damit geht auch die Fähigkeit verloren, die Auseinandersetzung mit Menschen zu führen, die grundsätzlich anderer Meinung sind. Abweichende Meinungen zu respektieren und auszuhalten, gehört zu den grundsätzlichen Bedingungen einer Demokratie. Denn ein gemeinsamer Bezugsrahmen ist nicht einfach gegeben, sondern muss immer wieder neu hergestellt werden. Das geschieht nicht selten durch intensive Konflikte, bei denen deutlich wird, wie weit die Sichtweisen auseinanderliegen. In solchen Fällen herrscht oft Unverständnis für andere Interessen und Ansprüche vor. Wenn es nur einen geringen Zugang zu den Lebenswelten gibt, aus denen heraus diese artikuliert werden, bleibt es auch schwierig, die Konflikte so auszutragen, dass dadurch eine gemeinsame Welt entsteht, in der auch Kompromisse gefunden werden können. Meistens lassen sich Einstellungen und Haltungen nicht begreifen, ohne ein Verständnis für die anderen Lebenssituationen zu haben. Wenn die wechselseitige Wahrnehmung nur schwach ausgeprägt ist und sich die unterschiedlichen Gruppen gegeneinander abschotten, wird es kaum möglich sein, sich zu verständigen. An die Stelle eines demokratischen Streits tritt dann gesellschaftlicher Hass, der sich politisch leicht ausbeuten lässt und populistische Kräfte stärkt. Eine Gesellschaft, die immer vielfältiger wird und in der ein gemeinsamer Bezugsrahmen nicht mehr selbstverständlich vorausgesetzt werden kann, braucht neue Wege und Diskursräume, um den demokratischen

Streit politisch zu kultivieren und ihren Zusammenhalt sozial einzuüben. Damit die unterschiedlichen Sichtweisen nicht aufeinanderprallen, muss deren Begegnung gefördert und moderiert werden, auch wenn sie nicht anders als im Modus des Konflikts stattfinden kann. Denn heute haben wir es nicht nur mit divergierenden Interessen, sondern immer öfter mit nebeneinander bestehenden Welten zu tun. Wenn aus der Vielfalt und ihren zahlreichen Erscheinungen ein Zusammenhalt erwachsen soll, dürfen wir die Gestaltung der Vielfalt nicht allein marktwirtschaftlichen Kräften überlassen.

Im Zentrum einer Politik des Zusammenhalts muss das Ideal der sozialen Mischung stehen. Das beginnt bereits bei den Einrichtungen zur Betreuung von Kindern. Wenn die sozialen Verhältnisse hier ausgewogen sind, wird bereits früh ein Verständnis für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Vielfalt grundgelegt. Über die Kinder, die in der Regel viel vorurteilsfreier sind als ihre Eltern, kann so ein dauerhafter Kontakt über die sozialen Grenzen hinweg entstehen, der einen anderen Blick auf die Gesellschaft ermöglicht. Wenn Kinder hingegen in Einrichtungen aufwachsen, die nur ein sehr begrenztes soziales Umfeld widerspiegeln, wird das auch ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Vielfalt prägen. Unter diesen Bedingungen werden Familien nur Beziehungen zu Familien aufbauen, die sie als ähnlich empfinden. Das gilt noch ausgeprägter für den schulischen Werdegang, sowohl für die Grundschulen als auch für die weiterführenden Schulen. Unsere Gesellschaft selektiert bereits früh die individuellen Lebenschancen. Dabei geht es nicht nur um die Undurchlässigkeit des schulischen Systems im Hinblick auf einen möglichen Aufstieg, sondern um die Schaffung sozialer Abgrenzungen, die eine dauerhafte soziale Segregation weit über den schulischen Bereich hinaus erzeugen. Vor allem Eltern, die über die entsprechenden Mittel verfügen, tragen Sorge dafür, dass ihre Kinder unter gewünschten Verhältnissen in Distanz zur gesellschaftlichen Vielfalt aufwachsen. Wäre an allen Schulen eine bessere soziale Mischung gewährleistet, hätte das enorme Auswirkungen auf den sozialen Zusammenhalt. Auf den ersten Blick würden davon vor allem die Kinder aus sozial schwächeren Familien profitieren. Aber ein vielfältigeres soziales Umfeld käme allen Kindern zugute, ebenso deren Eltern. Unterschiedliche soziale Kontakte führen zu umfangreicheren sozialen Fähigkeiten und somit zu einer besseren Qualität der gesellschaftlichen Beziehungen. Wenn dagegen die Lebenswege erst einmal getrennt sind, verringern sich die Möglichkeiten zur sozialen Begegnung stark.

So ist es unter den Bedingungen der aktuellen Knappheit an Wohnungen für viele Kommunen bedeutend schwieriger geworden, sozial gemischte Wohnviertel zu fördern, zumal in der Vergangenheit in vielen Fällen der Bestand an städtischen Wohnungen drastisch reduziert wurde. Wie bei den Schulen gilt auch

hier, dass die soziale Mischung einen entscheidenden Einfluss auf den Zusammenhalt hat. Wenn sich die Nachbarschaft aus unterschiedlichen sozialen Gruppen zusammensetzt, können entsprechende Netzwerke der gegenseitigen Unterstützung und Vereine mit möglichst niedrigen Zugangshürden auch effektiv zum gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt beitragen, gerade weil es sich um soziale Verbindungen handelt, die von unten zusammenwachsen müssen und nicht einfach politisch von oben gestiftet werden können. Aus dem gleichen Grund sind daher auch kommunale Einrichtungen von so hoher Bedeutung, die von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen aufgesucht werden. Dazu gehören traditionell Büchereien und Schwimmbäder, öffentliche Parks und ebenso Museen, aber auch Spielplätze, auf denen nicht nur die Kinder miteinander interagieren, sondern auch ihre Eltern und nicht selten Jugendliche, denen ebenfalls genau dort ein eigener Raum zum gemeinsamen Aufenthalt zur Verfügung gestellt werden muss. Nur dadurch, dass an solchen Orten verschiedene Welten aufeinandertreffen, entsteht ein gemeinsamer Bezugsrahmen, selbst wenn das sicher manchmal zu Konflikten führt, die mitunter einer Mediation bedürfen.<sup>20</sup> Das kann auch im Rahmen eines Stadtteilstreffes geschehen, bei dem Rituale der Begegnung eingeübt werden. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht muss in allen diesen Fällen der soziale Zusammenhalt zum zentralen Leitmotiv von Politik werden, von der Bildungspolitik bis zur Kommunalpolitik.

Das Ziel einer Politik des Zusammenhalts muss in einer möglichst umfassenden Identifikation mit dem Gemeinwesen bestehen. Ausgangspunkt dafür sollte das Engagement der Menschen für ihre Mitmenschen sein. Wer sich zum Beispiel ehrenamtlich für andere Menschen einsetzt, erhält nicht nur Einblicke in unterschiedliche persönliche Lebenslagen und soziale Lebensumstände, sondern macht Erfahrungen, die über die eigene Perspektive hinausgehen und in das Gemeinwesen als solches involvieren. Gerade für ältere Menschen, die bereits aus dem Berufsleben ausgeschieden sind, wäre es sinnvoll, mehr Anreize für ein soziales und ökologisches Engagement zu schaffen, das auch mit ihrer eigenen Lebenssituation zu tun hat. Denn eine Aufwertung des Ehrenamts könnte in diesen Fällen zugleich vor Einsamkeit im Alter schützen und würde die wachsende Gruppe älterer Menschen besser in den gesellschaftlichen Alltag integrieren. Wer sich gebraucht fühlt, erlebt sich intensiver als soziales Wesen, wird nicht allein auf die Befriedigung von Bedürfnissen reduziert und führt insgesamt ein zufriedeneres Leben.

In ähnlicher Weise gilt das für junge Menschen, die gegenwärtig die Möglichkeit haben, vor dem Start ins Berufsleben ein freiwilliges soziales Jahr zu absolvieren. Auch dabei stehen die Selbsterfahrung als soziales Wesen und eine

Orientierung am Gemeinwohl im Vordergrund, die für die Entwicklung der Persönlichkeit von hoher Bedeutung sein können, zumal junge Menschen häufig gesellschaftlichen Zwängen des Konsums und der Nutzung von Medien ausgesetzt sind, von denen sie sich kaum freimachen können. Hier kann das soziale und ökologische Engagement ein wichtiges gesellschaftliches Gegengewicht bieten. Da diese Möglichkeit in der Regel allerdings nur eine sehr begrenzte Gruppe junger Menschen wahrnimmt, wäre es nicht nur wichtig, die Bedingungen deutlich zu verbessern, sondern auch eine gesellschaftliche Debatte über eine Verpflichtung zu führen. Von früheren Generationen, die noch einen zivilen oder militärischen Dienst leisten mussten, wird diese Zeit oft als positiv empfunden, weil sie Kontakt mit Menschen sehr verschiedener Herkünfte hatten. Im Gegensatz zum späteren Berufsleben gehört diese Zeit in den allermeisten Fällen zu den wenigen Lebensphasen, in denen soziale Problemlagen und Fragen des Zusammenlebens eine Rolle gespielt haben, die nicht unmittelbar mit den eigenen Interessen und Bedürfnissen verknüpft waren. Heute könnten soziale und ökologische Gemeinschaftsdienste viel produktiver für alle Beteiligten gestaltet werden. Mit dem Maß an Verantwortung, das dabei den Dienstleistenden zugetraut wird, wächst auch die Identifikation mit dem Gemeinwesen. In diesem Zusammenhang ist auch vorstellbar, dass alle Arbeitnehmenden ein Recht auf eine berufliche Auszeit haben, um sich einem sozialen oder ökologischen Projekt zu widmen.

Zugleich müsste im Gegenzug zu solchen Konzepten des Engagements die Sorgearbeit aufgewertet und für alle sichtbar gemacht werden. Das betrifft vorrangig die Lebensphasen, in denen das Familienleben mit kleinen Kindern und das Erwerbsleben der Eltern in starker Spannung miteinander stehen, aber ebenso die Zeiten, in denen Angehörige gepflegt werden.<sup>21</sup> Sich um kleine Kinder oder pflegebedürftige Menschen zu kümmern, ist ebenfalls ein wichtiger Beitrag zum Gemeinwesen, dem insgesamt mehr Raum in unserer Gesellschaft zugestanden werden muss. Denn meistens werden Leistungen nur dann prämiert, wenn sie sich auch in ökonomischen Werten ausdrücken lassen. Dabei hängt die Qualität der sozialen Beziehungen in hohem Maß von den reproduktiven Tätigkeiten ab, die die produktiven erst ermöglichen. Heute findet das Familienleben häufig unter enormem zeitlichem Druck statt. Wenn die Sorgearbeit, die auch gegenwärtig noch überwiegend von Frauen geleistet wird, immer weiter ins Abseits gedrängt wird, hat das auch langfristige Folgen für die Qualität der sozialen Beziehungen. Denn was in den Familien schiefläuft, kann keine Schule auffangen, wie gut sie auch immer ausgestattet ist. Würde die Gleichwertigkeit von Sorgearbeit und Erwerbsarbeit anerkannt, wären wir auch in der Lage, ein weit größeres Spektrum an gesellschaftlichen Tätigkeiten wahrzunehmen. Das gilt ebenso für die vielen Tätigkeiten, die kaum wertgeschätzt werden und oft im gesellschaftlichen Hin-

tergrund stattfinden, aber dennoch fraglos vorausgesetzt werden. So teilen sich zum Beispiel die Reinigungskräfte eines Büros, die nachts ihre Arbeit verrichten, und die Angestellten, die tagsüber in diesen Büros sitzen, ihren Arbeitsplatz und kennen sich in der Regel nicht. Unsere Gesellschaft wäre eine andere, wenn wir die Arbeit der vielen marginalisierten und unsichtbaren Dienstleistenden persönlich wertschätzen würden. Denn nur wenn die gegenseitige Wahrnehmung hoch ist, kann sich auch eine soziale Empathie ausbilden und mit ihr ein wirksamer Zusammenhalt. Zu den großen Leistungen der Sozialdemokratie gehört es, unterschiedliche soziale Gruppen unter einem gemeinsamen Ideal versammelt zu haben. Heute bedarf es dazu einer Politik der sozialen Sichtbarkeit, die erst die Voraussetzung dafür schafft, dass sich die Menschen wieder über eine gemeinsame Zukunft verständigen können.

Für eine lebendige und belastbare Demokratie, an der alle ihren Anteil haben, ist es nötig, den klassischen Begriff der Infrastruktur um eine neue, soziale Dimension zu erweitern. Über die bestehenden Aufgaben infrastruktureller Maßnahmen hinaus muss es dabei um die Schaffung von Strukturen gehen, die es allen ermöglichen, sich in einer gemeinsamen Welt aufzuhalten. Neben der funktionalen Infrastruktur bedarf es einer Infrastruktur der Menschen, die sie dabei unterstützt, sich wechselseitig wahrzunehmen und ins Gespräch zu kommen, sowohl real als auch medial. Nur wenn das der Fall ist, werden die Menschen ihre gemeinsame Welt auch als gestaltbar begreifen. Um die Chancen zu erhöhen, dass sich unterschiedliche soziale Gruppen im öffentlichen Raum mehr zur Kenntnis nehmen, bedarf es einer ganzen Reihe von Voraussetzungen, die von der allgemeinen Stadtplanung bis zur konkreten Gestaltung von Orten der Begegnung reichen. Häufig sind die Zentren unserer Städte stark kommerzialisiert. Es gibt nur wenige Möglichkeiten zum längeren Aufenthalt ohne Konsumzwang. Immer mehr Bereiche werden durch pekuniäre Zugangshürden sozial abgegrenzt. Vor allem für sozial Schwächere und Familien mit mehreren Kindern ist das ein Problem. Zugleich zeigt sich daran, wie unsere Gesellschaft organisiert ist, von den exklusiven Innenstädten bis hin zu den Problemvierteln oder den vernachlässigten Randbezirken. Dabei sollte im gesellschaftlichen Mittelpunkt das Zusammenleben der Menschen in seiner ganzen Vielfalt stehen.

Gerade im Zentrum der Städte sollte es einen bedeutenden Ort der Begegnung geben, an dem die Menschen verweilen können und miteinander in Kontakt kommen. Damit das gelingt, müssen diese Orte so gestaltet sein, dass sie für möglichst viele unterschiedliche Gruppen zugänglich und attraktiv sind. Das könnten Bibliotheken oder andere städtische Einrichtungen mit einem großen Angebot an Aktivitäten leisten, die den unterschiedlichen Interessen und Be-

dürfnissen entgegenkommen. Entscheidend ist, dass diese Orte der Begegnung durchgehend belebt sind, damit es zu einer Selbstverständlichkeit für die Menschen wird, dort vorbeizuschauen. Ein sozialer Ort zeichnet sich aber nicht nur dadurch aus, dass sich dort unterschiedliche Gruppen treffen, sondern dass sie auch interagieren und eventuell sogar gemeinsame Aktivitäten ausüben.<sup>22</sup> Aus diesem Grund müssten die Orte der Begegnung im Zentrum der Städte wie öffentliche Foren fungieren, an denen gesellschaftliche Initiativen mit eigenen Angeboten präsent sein und sich vorstellen können. Zudem müssten sie mit einem Sozialcafé ausgestattet sein. Solche sichtbaren Formen der Begegnung würden auch die Menschen erreichen, die sich ansonsten ausgeschlossen fühlen, und so dem öffentlichen Raum eine neue Qualität des Zusammenhalts verleihen.

Neben der realen Begegnung muss auch der mediale Zusammenhalt gefördert werden. Dabei kommt insbesondere den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten eine zentrale Rolle zu, die über Jahrzehnte einen wichtigen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt geleistet haben und das auch heute noch tun. Unter digitalen Bedingungen und der neuen Dominanz sozialer Medien, die stark von privatwirtschaftlichen Interessen geprägt sind, erscheint die mediale Öffentlichkeit allerdings zunehmend fragmentiert. Umso wichtiger ist es, dass die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten mit dem Aufbau einer eigenständigen und konkurrenzfähigen Plattform hier ein gesellschaftliches Gegengewicht bilden. Dabei sollte es nicht allein darum gehen, dass digitale Inhalte der öffentlich-rechtlichen Medienhäuser in einer übergreifenden Mediathek leichter abrufbar sind, sondern dass eine solche Plattform auch digitale Angebote von zahlreichen anderen Einrichtungen wie Museen, Theatern oder Universitäten bündeln könnte. Auf diese Weise würde eine öffentlich-mediale Sphäre entstehen, die in der Lage ist, der problematischen Zerstreung der Öffentlichkeit etwas entgegenzusetzen, zumal eine solche Plattform auch die Möglichkeit zu einer umfassenderen Partizipation des Publikums an der Gestaltung der Formate und Inhalte bieten würde. Auf diese Weise könnte eine öffentlich-rechtliche Plattform dazu beitragen, ein demokratisches Gespräch darüber in Gang zu setzen, worauf wir unsere mediale Aufmerksamkeit lenken und wie wir unsere Gesellschaft in Zukunft gemeinsam gestalten wollen.



## ENDNOTEN

- 1 Vgl. **BMI/BAMF – Bundesministerium des Innern und für Heimat/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**: Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2021, Berlin/Nürnberg 2023, S. 142–153.
- 2 Vgl. <https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/position-reform-agg.pdf>.
- 3 Vgl. **Sabine Berghahn/Micha Klapp/Alexander Tischbirek**: Evaluation des AGG, erstellt im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Baden-Baden 2016, S. 13–20.
- 4 Vgl. **Torsten Brand/Robert Follmer/Kai Unzicker**: Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2020, S. 76–78.
- 5 Vgl. **Jutta Allmendinger**: Soziale Ungleichheit, Diversität und soziale Kohäsion als gesellschaftliche Herausforderung, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung: vhw Verbandszeitschrift 3 (2015), S. 127–131.
- 6 Vgl. **Regina Arant/Georgi Dragolov/Björn Gernig/Klaus Boehnke**: Zusammenhalt in Vielfalt. Das Vielfaltsbarometer 2019, Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 2019, S. 21–25.
- 7 Vgl. **Hermann-Josef Große Kracht**: Soziale Tatsache, Grundwert oder Tugend? Zur Begriffsgeschichte der Solidarität im 19. und 20. Jahrhundert, in: Archiv für Sozialgeschichte 60 (2020), S. 29–49.
- 8 Vgl. **Émile Durkheim**: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1991, S. 229–255.
- 9 Vgl. **Michael Schmid**: Solidarität und Arbeitsteilung: Bemerkungen zu Durkheims Theorie, in: Max Haller/Hans-Joachim Hoffmann-Nowotny/Wolfgang Zapf (Hg.): Kultur und Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1989, S. 518–531.
- 10 Vgl. **Émile Durkheim**: Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften, Frankfurt a. M. 1991, S. 256–286.
- 11 Vgl. **Robert D. Putnam**: Bowling alone. The collapse and revival of American community, New York 2000, S. 134–149.
- 12 Vgl. **Sebastian Braun**: Putnam und Bourdieu und das soziale Kapital in Deutschland, in: Leviathan 29 (2001), S. 337–354.
- 13 Vgl. **Georg Franck**: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf, München 1998, S. 115–126.



- 14 Vgl. **Nancy Fraser**: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin 2023, S. 97–128.
- 15 Vgl. <https://www.charta-der-vielfalt.de/ueber-uns/ueber-die-initiative/die-urkunde-im-wortlaut/>.
- 16 Vgl. **Deborah R. Litvin**: The Discourse of Diversity: from Biology to Management, in: Organization 4 (1997), S. 187–209.
- 17 Vgl. **William B. Johnston/Arnold E. Packer**: Workforce 2000: Work and Workers for the Twenty-First Century, Indianapolis 1987, S. 75–103.
- 18 Vgl. **Michael Meuser**: Diversity Management – Anerkennung von Vielfalt?, in: Ludger Pries (Hg.): Zusammenhalt durch Vielfalt. Bindungskräfte der Gesellschaft im 21. Jahrhundert, Wiesbaden 2013, S. 167–181.
- 19 Vgl. **Alexandra Schauer**: Mensch ohne Welt. Eine Soziologie spätmoderner Vergesellschaftung, Berlin 2023, S. 428–471.
- 20 Vgl. **Yascha Mounk**: Das große Experiment. Wie Diversität die Demokratie bedroht und bereichert, München 2022, S. 150–168.
- 21 Vgl. **Eva Corino**: Das Nacheinander-Prinzip. Vom gelasseneren Umgang mit Familie und Beruf, Berlin 2018, S. 9–49.
- 22 Vgl. **Jens Kersten/Claudia Neu/Berthold Vogel**: Das Soziale-Orte-Konzept. Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft, Bielefeld 2022, S. 71–96.

## ÜBER DEN AUTOR

Leander Scholz, Dr. habil., ist Philosoph und Schriftsteller. Er lebt in Berlin. Zuletzt erschienen von ihm »Zusammenleben. Über Kinder und Politik« (Hanser 2018), »Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie« (Kadmos 2019) und »Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung« (August 2022).

## ÜBER DAS PROJEKT

Der Arbeitsbereich **Zusammenhalt in Vielfalt** fördert die politische und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen, die unterschiedliche Identitäten, Interessen und Ressourcen haben. Durch die Offenlegung dieser Unterschiede und Widersprüche, durch Begegnungen und gemeinsame Erfahrungen soll ein solidarisches Miteinander in einer vielfältigen Gesellschaft entstehen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung möchte Begegnungsorte schaffen und Dialogprozesse begleiten, im Sinne einer Plattform für die Bildung progressiver Allianzen. Die Suche nach einer **Politik des Zusammenhalts** ist insofern auch ein Prozess der Aushandlung zwischen unterschiedlichen Akteuren\_innen und eine Projektionsfläche für eine gemeinsame praktische Utopie.

# IMPRESSUM

## Herausgeberin

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Deutschland

E-Mail: [info@fes.de](mailto:info@fes.de)

## Herausgebende Abteilung

Politische Bildung & Dialog,

Referat Demokratie, Gesellschaft & Innovation

Inhaltliche Verantwortung und Redaktion:

Philipp Kauppert, Referent »Zusammenhalt in Vielfalt«

[www.fes.de/dji](http://www.fes.de/dji)

## Kontakt/Bestellung

[dji@fes.de](mailto:dji@fes.de)

## Gestaltung

[www.bergsee-blau.de](http://www.bergsee-blau.de)

## Druck

Druckerei Brandt

[www.druckerei-brandt.de](http://www.druckerei-brandt.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

ISBN -Nr. 978-3-98628-407-7

CC BY-NC-ND 4.0 DE

